

P R O T O K O L L
der 307. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 23. Januar 2007
Zeit	19.30 – 21.00 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Grubwinkler Ralf (Geschäft 1) Künzi-Egli Barbara (ab Geschäft 2)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Aebi Florian, Aeschimann Pia, Bärtschi Markus, Beck Jolanda, Bettler-Suter Verena, Brüngger Samuel, Cadetg-Hafen Ruth, Chételat- Dangel Caroline, Friedli Rolf, Gantner Urs, Gossweiler- Ebnetter Isabelle, Graham Marina, Grütter Urs, Häusermann Martin, Heer Kathrin, Kästli Peter, Kauth Adrian, Lehmann Beat, Loosli Marc, Mallepell Elisabeth, Manz-Tanner Judith, Marti Beat, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Raaflaub- Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schönenberger- König Daniela, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Staub Bettina, Stauffer Nando, Streit Lee, Treier Hannes, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerInnen	Friedli Rolf (Geschäfte 1 + 2) Ruta Francesca, Wenger-Kupferschmied Ursula (ab Geschäft 3)
Vertreter des Gemeinderates	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Mangold Kathrin, Pulver-Schober Beatrice, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Müller Maja, Ziberi Johanna GR: Hanke Thomas, Stalder-Ritschard Barbara
Protokoll	Laager Simon, Stv. der Gemeindeschreiberin

Traktanden

- 1 Wahl der Präsidentin des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2007
- 2 Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2007
- 3 Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2007 / Ersatzwahl
- 4 Protokoll der Sitzung vom 24. Oktober 2006
- 5 Sportkommission; Ersatzwahl
- 6 Ortsplanungsrevision 2006 / 2009; Leitlinien und Projektentwicklung
- 7 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2007
- 8 Postulat SP-Fraktion betreffend Verkehrsberuhigung Dunantstrasse, Muri; Abschreibung
- 9 Postulat SP-Fraktion betreffend Entsorgungsstellen; Abschreibung
- 10 Motion Aeschimann (Forum) betreffend Bekanntgabe der Legislaturziele
- 11 Postulat Wegmüller (SP) betreffend Standortplanung für Mobilfunkantennen
- 12 Interpellation Pedinelli (SP) betreffend Auswirkungen des Flughafens Bern-Belp auf die Gemeinde
- 13 Interpellation Pedinelli (SP) betreffend "Cash & Carry" an der Autobahnausfahrt Muri
- 14 Interpellation Wegmüller (SP) betreffend Parkplätze entlang der Thunstrasse beim Hühnlwald
- 15 Gümligenfeld; Orientierung über das weitere Vorgehen
- 16 Neue parlamentarische Vorstösse

Der Präsident eröffnet die 307. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 38 Ratsmitgliedern fest. Speziell begrüsse er die neuen Ratsmitglieder, Markus Bärtschi (SVP) und Isabelle Gossweiler-Ebnetter (FDP). Er danke an dieser Stelle auch den zurückgetretenen Mitgliedern, Franz Müller (FDP) und Annemarie Stettler (SVP), für ihre geleisteten Dienste zugunsten des Parlaments von Muri bei Bern.

Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, Mirjam Messerli, Berner Zeitung, schreibe heute Abend zum letzten Mal über den Verlauf der GGR-Sitzung. Er danke ihr für die gute Berichterstattung über das Geschehen in unserer Gemeinde.

Die heutige Sitzung werde von einer musikalischen Darbietung umrahmt. Er übergebe das Wort, respektive Instrument, daher Raphael Stutz, Angela Zosso und Jan Diggelmann von der Musikschule Muri bei Bern.

Musikalische Darbietung.

Der Vorsitzende hält folgende Abschlussrede:

"Mein Präsidialjahr hat eben erst gerade angefangen und schon geht es wieder dem Ende zu. Ich danke euch allen, dass Ihr mir und den Jungfreisinnigen - zwanzig Jahre nach der Gründung unserer Ortspartei - das Vertrauen geschenkt habt und ich diese wertvolle Erfahrung als Parlamentspräsident im Jahre 2006 sammeln durfte.

Wenn ich auf das vergangene Präsidialjahr zurückblicke, bleiben mir die zahlreichen Anlässe, die ich besuchen durfte, wie beispielsweise die offiziellen Empfänge der Trachtengruppe, der Musikgesellschaft Harmonie und der Hornusser, in Erinnerung. Geprägt hat mich aber auch die Teilnahme an der Schweizerischen Hockey-Elektrollstuhlmeisterschaft in der Mooshalle, wo ich zusammen mit anderen Funktionären in einem Elektrollstuhl gegen ein Team mit Behinderten antreten durfte, was gar nicht so einfach gewesen ist.

Unvergesslich wird für mich natürlich auch der diesjährige Parlamentsausflug in die Schlösser Muri und Gümligen bleiben. 35 Parlamentsmitglieder haben sich für diesen Anlass extra einen Nachmittag frei genommen, so ein grosses Echo hätte ich nie erwartet.

In meiner Antrittsrede wünschte ich mir, dass in diesem Jahr vermehrt Diskussionen untereinander stattfinden werden. Mit dem jungen Netzwerk haben die Jungen parteiübergreifend ein Gefäss gefunden und es sind konstruktive Beiträge entstanden. Mit einer Diskussion zum Thema Gümligenfeld konnten unter den Fraktionen die Karten im Dialog offen auf den Tisch gelegt werden. Ich bin überzeugt, dass solche überparteilichen Dialoge auch in Zukunft zur Lösungsfindung beitragen werden und hoffe, dass es noch mehrere solche Anlässe geben wird.

Als Parlamentspräsident habe ich während eines Jahres nun die Gelegenheit gehabt, die Exekutive und die Legislative quasi aus der Vogelperspektive beobachten zu können. Obschon beide Räte - da bin ich überzeugt - nur das Beste für unsere Gemeinde wollen, sind die Ansichten doch oft verschieden. Wir Parlamentarier reichen manchmal Vorstösse zu Themen ein, die der Gemeinderat womöglich bereits eingeleitet hat und wo das Parlament aus taktischen Gründen noch nicht involviert wird. Gleichzeitig gibt es Vorstösse im Parlament, welche vielleicht mit einem Telefon auf die Gemeindeverwaltung und dem Kontakt mit dem entsprechenden Sachbearbeiter einfach abgeklärt werden könnten und dadurch nicht der gesamte parlamentarische Verwaltungsapparat in Anspruch genommen werden müsste.

Beim Revue-Passieren meines Präsidialjahres habe ich festgestellt, dass wir im 2006 nur gerade sechs - meist auch sehr kurze - Sitzungen hatten. Oft ist über den Sinn und Zweck unseres Parlamentes diskutiert worden. Ich bin der Meinung, dass unser Parlament durchaus seine Daseinsberechtigung hat. Wir als Parlamentarier müssen mit sinnvollen und zukunftsorientierten Vorstössen dafür sorgen, dass unsere Gemeinde im Wettbewerb mit den Nachbargemeinden mithalten kann und entwicklungsmässig nicht stehen bleibt. Ein entwicklungsmässiger Stillstand bedeutet in der Privatwirtschaft für eine Unternehmung den Konkurs innert sehr kurzer Zeit.

Zum Schluss meiner Abschiedsrede möchte ich allen danken, die mich in meinem Präsidialjahr unterstützt haben. Ich wünsche meiner Nachfolgerin, Barbara Künzi, in diesem Amt ebenso viel Freude, wie ich sie hatte und freue mich, im 2007 wieder mit dem einen oder anderen Votum zu politischen Geschäften im Rat präsent zu sein."

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Wahl der Präsidentin des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2007

Die Freisinnig-Demokratische Partei schlägt zur Wahl vor:

Barbara Künzi-Egli, Fürsprecher, Thunstrasse 85, Muri

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Einstimmig wird Barbara Künzi-Egli als Präsidentin des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2007 gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert der Gewählten ganz herzlich zur Wahl.

Barbara Künzi-Egli (FDP) dankt dem Rat und ihrer Fraktion für das Vertrauen. Sie freue sich auf ihr Präsidialjahr und fordere als erste Amtshandlung Raphael Stutz und seine BegleiterInnen auf, ein bis zwei Stücke zu spielen.

Musikalische Darbietung.

Barbara Künzi-Egli dankt für die musikalische Einlage und verabschiedet Ralf Grubwinkler mit den folgenden Worten:

"Lieber Ralf, du warst der erste Jungfreisinnige, der das Muriger Parlament präsidiert hat und du hast diese Aufgabe bravourös gemeistert. Wie auf meinem Computer hast du die Programme richtig geladen, die Firewalls installiert, die Icons übersichtlich gesetzt und install, delete oder send mit viel Fingergefühl, wie ein Pianist, gedrückt. Wenn der Rechner mal nicht funktionierte, war es ein Virus, welcher vom Norton nicht entdeckt worden ist.

Lieber Ralf, du hast jedoch nicht nur unsere Parlamentssitzungen souverän und mit jungfreisinnigem Touch geführt, du hast - wie in deiner Antrittsrede angekündigt - auch als Vermittler agiert und damit eine wichtige und gute Grundlage für mein Präsidialjahr geschaffen. In deiner ruhigen und überlegten Art hast du, wenn's brenzlich wurde, immer nach Lösungen gesucht und diese auch gefunden. Du hast in die Zukunft geblickt, Szenarien entwickelt, Ideen geboren, dabei jedoch die Tradition nicht vergessen, andere Meinungen angehört und das Miteinander gepflegt. Ich habe gerne mit dir die Sitzungen vorbereitet und bin gerne mit dir hier oben gesessen. Ralf, leider fahren wir jetzt den Computer herunter und schicken dich wieder in die Fraktionsmitte, wo du ein prüfendes Auge auf uns hier oben haben und wieder an vorderster Front kämpfen kannst. Ich habe ein Abschiedsgeschenk für dich. Ich hoffe, dass du damit auf deinen Bike-Touren den Weg findest. Gleichzeitig sollte es dich vom Verhungern abhalten.

Ralf Grubwinkler bedankt sich herzlich für die lieben Worte. Er sei auch froh, dass der Rat immer ein gutes Virenschutzprogramm gehabt habe. Es habe nie einen schlimmen Virus gegeben. Er hoffe und sei überzeugt, dass dies auch in Zukunft so sein werde.

Nando Stauffer dankt Ralf Grubwinkler namens der jf-Fraktion für die geleistete Arbeit als Parlamentspräsident:

"Lieber Ralf, seit 10 Jahren bist du bei den Jungfreisinnigen. Auf der Suche nach einem passenden Geschenk habe ich gedacht, dass es etwas sein könnte, was dich vom Verdursten beim Biken abhalten dürfte. Ich habe mir überlegt, dass ich dir anlässlich der 10-jährigen Fraktionsdauer einen 10-jährigen Whisky schenken könnte. Ich habe mir jedoch auch überlegt, dass im 2008 bereits die Wahlen anstehen. Daher habe ich, um dich für eine erneute Kandidatur ermuntern zu können, einen 12-Jährigen gekauft. Gleich wie der Whisky, bist du zuerst während 10 Jahren im Jungfreisinnigen-Fass gereift. Danach, zwar nicht im Sherry-Fass abgerundet, bist du im GGR-Präsidium zu voller Blüte gekommen. Du hast das ganz super gemacht, danke vielmals für deinen Einsatz. Ich freue mich jetzt auf einen neuen Sitznachbarn."

Barbara Künzi-Egli (FDP) hält folgende Antrittsrede:

"Liebe Damen und Herren im Rat, liebe Gäste, liebe Familie

Der Richter steht den Rechten bei, als wenn der jüngste Tag hüt sy.

Dieser Spruch ist im Richterpult in Schlosswil eingeschnitzt, und zwar vorne. Hinten sitzt der Richter. Ich habe dort mehrere Male als ausserordentliche Gerichtspräsidentin geamtet. Weil die weibliche Form nicht berücksichtigt gewesen ist, hat dieser Spruch damals zu lockeren Fragen von Anwälten geführt. Ich zitiere diesen Satz jedoch nicht deswegen, und auch nicht, weil ich in meinem Präsidentialjahr der Rechten, von mir aus gesehen der Linken, beistehen will. Aber ich sitze hier oben, so wie damals, wenn auch in einer anderen Funktion. Und trotzdem gibt es Parallelen. Als Richter habe ich Verhandlungen geführt. Ich habe, wenn nötig, geurteilt und bin, was viel wichtiger gewesen ist, Ansprechpartner, Vermittler und Versöhner gewesen. Ich knüpfe damit eigentlich an den Gedanken von Ralf an, welcher sich eben nicht nur als Leiter der Parlamentssitzung gesehen hat, sondern auch noch als Vermittler, als Ansprechpartner. Und diese Funktion möchte ich in meinem Präsidentialjahr weiterführen. Der zweite Teil des Spruches, "als wenn der jüngste Tag hüt sy", solle - im übertragenen Sinne - daran erinnern, dass hier die Zukunft unserer Gemeinde geprägt wird. Entscheide, welche hier fallen, gestalten das Bild von Muri, setzen Schwerpunkte und leiten Entwicklungen ein. Wie im Gerichtssaal, kann hier nicht jeder Recht bekommen. Aber wir können die Entscheide so gestalten, dass jeder ein "bitzeli" Recht bekommt und niemand den Saal mit hängendem Kopf verlassen muss. Wir müssen uns mit anderen Meinungen auseinandersetzen und nach Lösungen suchen, die wir als gewählte Parlamentarier vertreten und tragen können. Nicht zuletzt für jene, welche nachkommen, unsere Kinder. Das bedeutet Verantwortung, Sach- und Fachwissen, Engagement, mindestens ein offenes Ohr und ein Blick über unsere Gemeindegrenzen hinweg. Ich wünsche mir für mein Präsidentialjahr, dass sich keine verhärteten Fronten bilden, die Voten sachlich bleiben und keine Angriffe beinhalten, weder auf Personen, noch auf andere Meinungen. Kurz gesagt, ich wünsche mir in allen Diskussionen gegenseitigen Respekt. Packen wir also dieses 2007 an und parlieren wir sachlich und kompetent über die anstehenden und kommenden Geschäfte. In diesem Sinne wünsche ich allen ein gutes Ratsjahr."

2 Wahl der restlichen Mitglieder des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2007

1. Vizepräsidentin

Zur Wahl als 1. Vizepräsidentin schlägt die Forum-Fraktion vor:

Pia Aeschimann, Lehrerin/Eltern- und Erwachsenenbildnerin, Waldriedstrasse 34, Muri

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Pia Aeschimann wird einstimmig als 1. Vizepräsidentin für das Jahr 2007 gewählt.

Pia Aeschimann (Forum) dankt für das Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Die Vorsitzende gratuliert der Gewählten zur Wahl.

2. Vizepräsident

Zur Wahl als 2. Vizepräsident schlägt die SVP-Fraktion vor:

Beat Lehmann, Garagier Auto-Center Muri, Steinhübeliweg 40, Muri

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Beat Lehmann wird einstimmig als 2. Vizepräsident für das Jahr 2007 gewählt.

Beat Lehmann (SVP) dankt für das Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Die Vorsitzende gratuliert dem Gewählten zur Wahl.

2 Stimmenzählerinnen

Die SP-Fraktion schlägt

- Francesca Ruta, Studentin, Kranichweg 21/141, Muri

und die EVP-Fraktion schlägt

- Ursula Wenger, Übersetzerin, Dorfstrasse 35, Gümligen

zur Wahl als Stimmenzählerinnen vor.

Die Wahlvorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Francesca Ruta und Ursula Wenger werden einstimmig als Stimmzählerinnen für das Jahr 2007 gewählt.

Francesca Ruta (SP) und Ursula Wenger (EVP) erklären Annahme der Wahl.

Die Vorsitzende gratuliert den Gewählten und führt aus, das Büro sei somit gewählt. Erstmals in der Geschichte des Muriger Parlaments würden hier oben nur Frauen sitzen.

3 Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2007 / Ersatzwahl

Präsident

Die Forum-Fraktion schlägt zur Wahl vor:

Martin Häusermann, El. Ing. HTL, Alpenstrasse 5, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Martin Häusermann wird einstimmig als Präsident der GPK für das Jahr 2007 gewählt.

Martin Häusermann (Forum) erklärt Annahme der Wahl.

Die Vorsitzende gratuliert dem Gewählten.

Vizepräsident

Die SP-Fraktion schlägt zur Wahl vor:

Florian Aebi, Student, Lerchenweg 27, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Florian Aebi wird einstimmig als Vizepräsident der GPK für das Jahr 2007 gewählt.

Florian Aebi (SP) erklärt Annahme der Wahl.

Die Vorsitzende gratuliert dem Gewählten.

Mitglied

Die Schweizerische Volkspartei schlägt als Ersatz für den auf 24. Januar 2007 zurücktretenden Urs Grütter zur Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer vor:

Rolf Friedli, Heizungsunternehmer, Thunstrasse 12, Muri

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Rolf Friedli wird einstimmig als neues Mitglied der GPK gewählt.

Rolf Friedli (SVP) erklärt Annahme der Wahl.

Die Vorsitzende gratuliert dem Gewählten und dankt an dieser Stelle Urs Grütter für die geleisteten Arbeiten.

4 Protokoll der Sitzung vom 24. Oktober 2006

Urs Gantner (FDP) führt aus, in seinen Ausführungen sei auf Seite 189, Zeile 5, das Wort "Erfahrung" durch "Empfehlung" zu ersetzen.

Beschluss

Das Protokoll wird unter Berücksichtigung dieser Korrektur genehmigt.

5 Sportkommission; Ersatzwahl

Die Freisinnig-Demokratische Partei schlägt anstelle des auf den 31. Dezember 2006 zurückgetretenen Martin Trachsel als Mitglied der Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer vor:

Francesca Schori, Bankkauffrau, Pelikanweg 28, Muri

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Praktisch einstimmig wird Francesca Schori für den Rest der laufenden Amtsperiode als Mitglied der Sportkommission gewählt.

Die Vorsitzende gratuliert der Gewählten.

6 Ortsplanungsrevision 2006 / 2009; Leitlinien und Projektentwicklung

Die Vorsitzende informiert, der Bericht des Gemeinderates liege schriftlich vor. Es liege der Antrag auf Kenntnisnahme und Umsetzung der Leitlinien vor. Über dieses Geschäft werde nicht abgestimmt, es werde lediglich davon Kenntnis genommen.

Hans-Rudolf Saxer gratuliert Barbara Künzi-Egli herzlich zur glanzvollen Wahl und wünscht ihr alles Gute.

Als gemeinderätlicher Sprecher könne er informieren, dass, bevor man sich auf die Revision des Baureglementes, des Zonenplans und der Richtpläne Landschaft und Verkehr konzentriere, ein Blick zurückgeworfen werden müsse. Die Frage laute dabei, in welche Richtung sich die Gemeinde Muri bei Bern in den letzten Jahrzehnten entwickelt habe. Bei den getroffenen Abklärungen sei man insbesondere auf drei Erkenntnisse gestossen. Erstens habe sich die Einwohnerzahl während einer Betrachtungsperiode von immerhin 25 Jahren, von 1980 bis 2005, nur gerade um 7 Personen verändert. Punkto Bevölkerungszahl herrsche also eine enorm hohe Stabilität. Zweitens habe sich die Anzahl der Arbeitsplätze - ganz im Gegenteil zum soeben erwähnten Fakt - innerhalb von nur 16 Jahren um nicht weniger als 33%, auf knapp 6'400 Personen, erhöht. Drittens hätten die beiden vorgenannten Entwicklungen dazu geführt, dass Muri bei Bern heute eine ausgeglichene Pendlerbilanz habe. Das heisse, es kämen von extern zwecks Arbeit oder Ausbildung gleich viele Personen nach Muri-Gümligen, wie Bewohnerinnen und Bewohner von unserer Gemeinde auswärts arbeiten oder in die Schule gingen. Ein Vergleich mit dem Jahre 1970 zeige auf, dass die Pendlerbilanz damals bei 0,44 gelegen sei, was bedeute, dass mehr als doppelt so viele Leute die Gemeinde verlassen hätten, wie hinzugependelt seien. Mit anderen Worten habe sich unsere Gemeinde innerhalb von nur gerade 30 Jahren von einer schwergewichtig für Wohnnutzung geprägten Gemeinde auch zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort entwickelt. Basierend auf diesen wichtigen Kennzahlen könne heute festgestellt werden, dass sich unsere Gemeinde in einem attraktiven, dynamischen Gleichgewicht halte, wozu wir Sorge tragen müssten. Bei der Zonenplanrevision gehe es also nicht darum, die Gemeinde quasi neu zu erfinden, sondern einzelne Elemente behutsam und zielgerichtet weiterzuentwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, habe man einen externen Fachmann beigezogen, welcher drei verschiedene Szenarien untersucht habe. Beim ersten Szenario sei die Konsequenz dargelegt worden, wenn der Bestand an Bauland auf dem heutigen Stand belassen würde. Das zweite Szenario habe sich damit befasst, was in die Wege geleitet werden müsste, damit die heutige Bevölkerungszahl in etwa gehalten werden könnte und das dritte Szenario zeige auf, was es für die Zonenplanrevision bedeuten würde, wenn Muri bei Bern um rund 1'000 Personen wachsen möchte. Die Antworten auf diese Fragen seien in den Leitlinien zur Ortsplanungsrevision enthalten.

Genau diese Fragen seien im letzten Mai und Juni unter anderem auch dem Bevölkerungsforum gestellt worden. Dieses Forum sei zur eindeutigen Empfehlung gelangt, das zweite Szenario weiterzuverfolgen, das heisse, bezüglich der Bevölkerungszahl den Status Quo anzustreben. Der Gemeinderat habe sich diesen Überlegungen vollumfänglich angeschlossen. Gemäss einlässlichen Berechnungen müssten in etwa 100 neue Wohnungen erstellt werden, um dieses Ziel erreichen zu können. Dies entspreche einem Landbedarf von rund 2,5ha. Der Gemeinderat sei sehr erfreut, dass aus dem Bevölkerungsforum auch in Bezug auf potenzielle Standorte für diese neuen Wohnungen ein interessanter Vorschlag resultiert habe. Es handle sich dabei um eine teilweise Überbauung der Scheuermatt. Diese Idee entspreche den modernen Grundsätzen der Siedlungsplanung und -entwicklung, da das entsprechende Gebiet in nächster Nähe zum öffentlichen Verkehr sowie zu Schulen und Einkaufsmöglichkeiten liege. In zweiter Priorität werde auch ein Standort im Bereich des Siloahs näher geprüft. Der Umstand, dass sich der Gemeinderat in den zentralen Punkten den Empfehlungen des Bevölkerungsforums anschliessen könne, gebe ihm die sichere Gewissheit, dass er nicht neben den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeiplane.

Ein Blick in die Zukunft zeige auf, dass das erste Halbjahr 2007 von intensiven Arbeiten der Projektorganisation geprägt sein werde. Nach den Sommerferien würden diese Resultate einer öffentlichen Mitwirkung unterzogen werden. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass auch aus dieser Mitwirkung - wie bereits beim Bevölkerungsforum - wertvolle Hinweise eingehen würden. Die vom Gemeinderat angestrebte gute

politische Abstützung von diesen Revisionsarbeiten werde auch dadurch erreicht, dass die Arbeiten unter engem Beizug unserer drei ständigen Kommissionen, der Planungs- und Verkehrskommission, der Baukommission sowie der Umweltschutzkommission, erfolgen würden. Diese Kommissionsmitglieder würden nicht nur über ein beachtliches Knowhow verfügen, sondern hätten auch eine ausgewogene parteipolitische Zusammensetzung und eine beachtliche Legitimation, seien sie doch schliesslich vom Parlament gewählt worden. Nach Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Schritte, wie Mitwirkung, Vorprüfung durch den Kanton sowie Planauflage, werde das Parlament im Jahre 2008 wiederum intensiv in diesen Prozess einbezogen. Er könnte sich durchaus vorstellen, dass zu diesem Zeitpunkt der Grosse Gemeinderat einen Beschluss fassen könnte, wonach zur Vorberatung dieses Geschäftes beispielsweise eine nichtständige Kommission eingesetzt würde. Diese Möglichkeit der Vorberatung von besonders komplexen Geschäften sehe die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates in Art. 17 ausdrücklich vor. Der Grosse Gemeinderat sei für den Gemeinderat auch bei der Ortsplanungsrevision ein wichtiger Partner, was mit ein Grund sei, weshalb ihm diese Leitlinien heute formell zur Kenntnis gebracht würden, obschon gemäss den kantonalen gesetzlichen Bestimmungen der Gemeinderat für diese Planungsgrundsätze zuständig sei. Der Gemeinderat sei auf die Rückäusserungen, welche er heute oder in den kommenden Monaten noch hören werde, sehr gespannt.

Ruth Raaflaub dankt dem Gemeinderat namens der FDP/jf-Fraktion, dass dem Parlament die Leitlinien zur Ortsplanungsrevision zur Kenntnisnahme vorgelegt würden, obwohl dieses Geschäft in den Kompetenzbereich des Gemeinderates gehöre. Wie man der Seite 11 dieser Leitlinien entnehmen könne, befinde sich das Leitbild des Gemeinderates noch in Überarbeitung. Grundsätzlich seien sie der Meinung, dieses Werk hätte als übergeordnetes Instrument vorliegen müssen, bevor mit der Ortsplanungsrevision begonnen worden sei. Zu den Leitlinien möchten sie folgende Anregungen und Bemerkungen machen:

- Die neuesten publizierten Zahlen der Arbeitsplätze würden auf dem Stand von 2001 basieren. Sie fänden es bedenklich, dass man sich bei einer zukunftsorientierten Ortsplanungsrevision auf schon jetzt fünfjährige Zahlen stütze.
- Sie möchten weiter, dass in den Leitlinien festgehalten werde, die Weilerzonen seien in der bestehenden Form zu erhalten.
- Im Juni 2006 sei eine Motion der FDP/jf- und SVP-Fraktion betr. die Erarbeitung eines Leitbildes zur Ortsplanungsrevision eingereicht worden. Sie hätten sich gewünscht, dass diese Motion im Zusammenhang mit diesem Geschäft traktandiert worden wäre und nicht einfach im nächsten Verwaltungsbericht abgeschrieben würde. Namentlich fehle ihnen eine Auflistung von detaillierten Vor- und Nachteilen von den auf Seite 21 vorgeschlagenen Entwicklungsgebieten fürs Wohnen.
- Sie hätten gerne im sich in Überarbeitung befindenden Leitbild aufgenommen gehabt, der Standard der gut ausgebauten und vielfältigen Sport- und Freizeitanlagen in der Gemeinde solle mindestens erhalten bleiben.

Und sie möchte noch gerne, dass ebenfalls festgehalten werde, eine vernünftige Entwicklung von Standorten für Mobilfunkantennen sei zu fördern. Namentlich sei eine koordinierte Standortplanung - ohne Platzierung in Wohngebieten - anzustreben. Dazu käme man ja noch beim Traktandum 11.

Ursula Wenger (EVP) führt aus, es erscheine ihr als wichtig, in den Leitlinien zur Ortsplanung im Abschnitt 1.3.3 Landschaft und Natur, Punkt 3, nebst der Aare und dem Dentenberg auch noch das gemeinderelevante Gebiet des Ostermundigenwaldes explizit aufzuführen. Denn das sei für sehr viele Gümliger das Naherholungsgebiet schlechthin und eines, welches erst noch ohne Auto erreicht werden könne. Es habe dort einen Spielplatz, mindestens zwei grosse Brätlistellen sowie einen Vita-Parcours. Es sei jedoch auch das Zielgebiet nicht nur für Biker, Walker, Jogger und Reiter, sondern auch für die Waldspielgruppe sowie ganz allgemein für Spaziergän-

ger mit oder ohne Hund. Es sei wohl nicht übertrieben, wenn sie sage, dieser Wald sei das Gümliger Outdoor-Fitness-Center schlechthin.

Beat Wegmüller erklärt namens der SP, die Leitlinien des Gemeinderates deckten sich weitgehend mit den Zielen der SP zur Ortsplanung und die allgemeine Stossrichtung gehe in die richtige Richtung. Es werde sich jedoch bei der konkreten Umsetzung dieser Leitlinien zeigen, ob die SP immer noch der gleichen Meinung wie der Gemeinderat sei. Zuerst möchte er auf den positiven Start dieser Ortsplanungsrevision hinweisen. Mit d56en zwei durchgeführten Bevölkerungsforen habe der Gemeinderat neue Wege beschritten und verschiedene Akteure in den Entwicklungsprozess einbezogen. Es gehe darum, auch in den nächsten Schritten immer wieder zu überlegen, wer wie in dieses Projekt einbezogen werden könnte. In den Ausführungen des Gemeinderates werde deutlich, dass Muri und Gümligen nicht neu erfunden und gestaltet werden könnten. Die zukünftige Entwicklung unserer Gemeinde lasse keine Höhenflüge zu und werde moderat ausfallen. Das sei auch gut so. Es gehe darum, dass sich Gümligen und Muri in Zukunft qualitativ entwickeln würden und attraktiv für alle Bevölkerungsgruppen seien und blieben. Die SP befürworte das gewählte Bevölkerungsszenario, wonach der Bevölkerungsstand gehalten werden wolle. Neueinzonungen müssten innerhalb der Siedlungsstruktur erfolgen und seien möglichst mit Überbauungsplan zu realisieren, damit sinnvolle, ökologische und attraktive Überbauungen entstehen könnten. Verschiedentlich werde in den Leitlinien von einem verdichteten Bauen gesprochen, womit auch eine wesentliche Wertsteigerung des Baulandes verbunden sei. In diesem Zusammenhang sei auch die Mehrwertabschöpfung zu prüfen. Sie hätten an den Gemeinderat noch eine wichtige Frage. In den Leitlinien auf Seite 19, Wohnen und Arbeiten, Punkt 5 stehe: "Auf die Einzonung zusätzlicher Flächen für Wirtschaft und Gewerbe wird verzichtet (intensivere qualitativ bessere Nutzung bestehender Flächen, Gewerbeland entlang der Hauptverkehrsachsen)." Sie möchten vom Gemeinderat konkret wissen, was er unter "intensivere qualitativ bessere Nutzung bestehender Flächen" meine und ob er schon ein Beispiel dazu liefern könnte. Wenn diese aufgeworfene Frage für die SP-Fraktion positiv beantwortet werde, nähmen sie von den Leitlinien zur Ortsplanung und der beabsichtigten Umsetzung in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Pia Aeschimann führt namens der Forum-Fraktion aus, sie danke dem Gemeinderat für die Leitlinien zur Ortsplanung herzlich. Auch sie schätzten die transparente Denkhaltung des Gemeinderates. Ihnen sei aufgefallen, dass die verschiedenen ZPP's und deren Überbauungsordnungen, wie beispielsweise der Bahnhof, welcher ein Entwicklungsschwerpunkt sei, fehlten. Ihnen sei es ganz wichtig, dass gerade so etwas in die Ortsplanung einflüsse, weil es zum Zeitpunkt, als das Baureglement und die Überbauungsordnungen eingeführt worden seien, den Richtplan Kanton noch nicht gegeben habe, weshalb es ganz bestimmt Änderungen geben werde. Zudem hätten die ESP's auch grossen Einfluss auf den Richtplan Verkehr.

Hans-Rudolf Saxer bedankt sich für die interessanten Anregungen und Hinweise, welche der Gemeinderat gerne in die weiteren Überlegungen einbeziehen werde und nimmt zu den Voten Stellung. Was die angeblich veralteten Zahlen betreffe, müsse er sagen, dass der Gemeinderat schlicht nirgends neuere Zahlen gefunden habe. Die Schweiz sei in statistischen Bereichen ein Entwicklungsland. Wären neuere Zahlen vorhanden gewesen, hätte der Gemeinderat diese selbstverständlich verwendet. Er könne jedoch in dem Sinne Entwarnung geben, dass sich in den letzten fünf Jahren die Bewegungen punkto Arbeitsplätze in etwa die Waage gehalten hätten. Einige Arbeitsplätze seien verloren gegangen, es seien jedoch auch wiederum namhafte geschaffen worden, wodurch das Gesamtbild nicht beeinträchtigt werde. Zur Frage von Beat Wegmüller möchte er auch noch gerne Stellung nehmen. Der Gemeinderat denke insbesondere an Projekte oder Überbauungsordnungen, welche rechtskräftig seien, wo jedoch noch keine Promotion erfolgt oder wo diese bisher er-

folglos gewesen sei. Für ihn liege beispielsweise auf der Hand, dass ein sehr grosses Interesse bestehe, dass im Mattenhof Ost endlich etwas gehe, handle es sich hierbei doch um einen 1a-Standort direkt beim Bahnhof. Der Gemeinderat fände es auch sehr erwünschenswert, wenn das weitgehend leerstehende Ascom-Gebäude endlich wieder einer Nutzung zugeführt werden könnte. Als drittes Beispiel könne er noch die geltende Überbauungsordnung in der Scheuermatt erwähnen, wo eigentlich eine namhafte Entwicklung gemacht werden könnte. Wichtig sei für den Gemeinderat, dass dies nicht irgendwo auf einer grünen Wiese erfolge - diese sollte wenn möglich grün bleiben - sondern in bereits überbauten Gebieten, welche wesentlich intensiver genutzt werden könnten.

Der Grosse Gemeinderat nimmt von den Leitlinien sowie der beabsichtigten Umsetzung, dem Zeitplan, der Projektorganisation und den Kosten Kenntnis.

7 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2007

Die Vorsitzende gibt bekannt, die GPK habe dem Geschäft einstimmig zugestimmt und keinen Sprecher nominiert.

Das Wort wird durch Beatrice Pulver-Schober, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird nicht verlangt.

Beschluss (grossmehrheitlich)

1. Für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2007 wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000.00 bewilligt.
2. Die Einzelvorhaben werden durch den Gemeinderat beschlossen.

8 Postulat SP-Fraktion betreffend Verkehrsberuhigung Dunantstrasse, Muri; Abschreibung

Der Bericht liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Das Wort wird von Beatrice Pulver-Schober, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Daniela Pedinelli dankt dem Gemeinderat namens der SP-Fraktion für die Prüfung des Postulats und den zuständigen Verwaltungsmitarbeitenden für die absolut rasche, sehr schlichte und aus ihrer Sicht sehr zufriedenstellende Lösung.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Verkehrsberuhigung Dunantstrasse, Muri, wird als erledigt abgeschrieben.

9 **Postulat SP-Fraktion betreffend Entsorgungsstellen; Abschreibung**

Der Bericht liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Das Wort wird durch Beatrice Pulver-Schober, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Daniela Pedinelli erklärt namens der SP-Fraktion, auch hier würden sie dem Gemeinderat für die Antwort danken. Sie nähmen erfreut zur Kenntnis, dass bei der Überbauung "ZPP Turbenweg" ein unterirdisches Sammelsystem eingerichtet werden solle. Allerdings würden sie sich einer Abschreibung zum jetzigen Zeitpunkt widersetzen. Der Gemeinderat habe nicht - oder zumindest nicht aktenkundig - geprüft, wie weit das Konzept der Entsorgungsstellen in unserer Gemeinde revidiert werde oder werden könnte. Die Antwort, welche ihnen hier vorliege, bilde höchstens ein Fragment. Die Gesamtsicht und die Grundüberlegungen fehlten noch. Es sei daher noch verfrüht, dieses Postulat abzuschreiben.

Beschluss (mehrheitlich)

Das Postulat der SP-Fraktion betreffend Entsorgungsstellen wird als erledigt abgeschrieben.

10 **Motion Aeschimann (Forum) betreffend Bekanntgabe der Legislaturziele**

Die Stellungnahme liegt schriftlich vor. Der Gemeinderat beantragt, die Motion zu überweisen.

Hans-Rudolf Saxer wünscht als gemeinderätlicher Sprecher das Wort nicht.

Pia Aeschimann (Forum) wünscht sich, die Legislaturziele zu kennen, damit man am selben Strick ziehen könne. Anhand der Anzahl Unterschriften, 24, sei es ein Bedürfnis des GGR, die Legislaturziele zu kennen. Sie danke für die Überweisung als Motion.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Aeschimann (Forum) betreffend Bekanntgabe der Legislaturziele wird überwiesen.

11 **Postulat Wegmüller (SP) betreffend Standortplanung für Mobilfunkantennen**

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat hinsichtlich der Prüfung des Erlasses einer Planungszone zu überweisen und abzuschreiben sowie hinsichtlich der Prüfung im Rahmen der Ortsplanung zu überweisen.

Das Wort wird durch Hans-Rudolf Saxer, gemeinderätlicher Sprecher, nicht verlangt.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, er wolle mit diesem Postulat Mobilfunkantennen nicht grundsätzlich verbieten oder verhindern. Das Handy sei in der heutigen Zeit eine Realität, auch wenn die gesellschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen noch nicht in vollem Umfang bekannt seien oder abgeschätzt werden könnten. Heute laufe es doch so, dass jeder Antennenanbieter seine besten Standorte in der Gemeinde wähle und ein Baugesuch einreiche. Da Muri und Gümligen an wichtigen Verkehrsachsen lägen, sei auch das Interesse an guten Platzierungen von Antennen sehr

gross. Es gelte daher in Zukunft, diesen Antennenwildwuchs in einigermaßen geordnete Verhältnisse zu lenken. Das wolle er eigentlich damit bezwecken. Er sei überzeugt, die Gemeinde müsse in Zukunft in dieser Angelegenheit aktiver werden. Aus dem gelben Anhang zur Botschaft, welcher dem Parlament vorgelegt worden sei, gehe klar hervor, dass die Gemeinde einen Koordinations- und Optimierungsauftrag habe und dass die Interessen von Raumplanung, Umwelt-, Landschafts- und Heimatschutz im Bewilligungsverfahren gebührend berücksichtigt werden müssten. Es seien auch Bewilligungsgrundsätze und Vorgaben zur Koordination von Standorten anzustreben. Dass die Versorgungsqualität beibehalten werden müsse, sei klar. Dem Beschlussesantrag des Gemeinderates könne er sich vollumfänglich anschliessen.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Wegmüller (SP) betreffend Standortplanung für Mobilfunkantennen wird im Rahmen der Prüfung des Erlasses einer Planungszone überwiesen und abgeschrieben sowie hinsichtlich der Prüfung im Rahmen der Ortsplanung überwiesen.

12 Interpellation Pedinelli (SP) betreffend Auswirkungen des Flughafens Bern-Belp auf die Gemeinde

Die Vorsitzende informiert, die Behandlung dieses sowie des nächsten Traktandums sei in Zustimmung mit der Interpellantin auf die Januarsitzung verschoben worden. Dies allerdings unter den Bedingungen, dass dem Rat vorgängig, bis spätestens am 14. November 2006, die gemeinderätliche Antwort per Mail zur Kenntnis gegeben werde, was erfolgt sei, sowie, dass die Beantwortung auf der Website der Gemeinde erscheine und ein Hinweis in den LoNa publiziert werde.

Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor.

Das Wort wird von Beatrice Pulver-Schober, gemeinderätliche Sprecherin, nicht verlangt.

Daniela Pedinelli (SP) orientiert, sie sei von der Antwort befriedigt und danke nicht nur für die Antwort, sondern auch für die aktive Einflussnahme des Gemeinderates zugunsten unserer Gemeinde.

13 Interpellation Pedinelli (SP) betreffend "Cash & Carry" an der Autobahnausfahrt Muri

Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor.

Der Vertreter des Gemeinderates, Hans-Rudolf Saxer, wünscht das Wort nicht.

Daniela Pedinelli (SP) führt aus, von der gemeinderätlichen Antwort sei sie gar nicht befriedigt. Die saloppe Abhandlung des Themas Ausstandspflicht schockiere sie sogar. Sie empfehle, zu diesem Thema einmal den von Daniel Arn verfassten Kommentar zum Gemeindegesetz des Kantons Bern zu lesen und zitiere daraus: "*Sinn und Zweck der Ausstandspflicht bestehen darin, zu gewährleisten, dass niemand, der unmittelbar ein persönliches Interesse am Ausgang eines Geschäfts hat, durch seine Anwesenheit die Diskussion oder das Abstimmungsverhalten anderer beeinflussen kann. Ferner soll die Ausstandspflicht garantieren, dass die Betroffenen (Ausstandspflichtigen) weder an der Vorbereitung der entsprechenden Geschäfte mitwirken, noch anlässlich der Abstimmungen in den zuständigen Gremien ihr Stimmrecht ausüben. Ausstandsregelungen bezwecken mit anderen Worten, die rechtmässige*

Zusammensetzung der entsprechenden Behörde zu garantieren und die Entscheidungsfindung vor Manipulation zu schützen. Wer ausstandspflichtig ist, darf sich mit einer Sache nicht befassen. Der sachliche Geltungsbereich der Ausstandspflicht umfasst die Vorbereitung, die Präsentation oder Darstellung des Sachverhaltes sowie die Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung über das betreffende Geschäft." Es gehe also wesentlich weiter, als das, was der Gemeinderat gesagt habe. Auch das Protokoll dürfe nicht eingesehen werden, wenn ein persönliches Interesse bestehe. *"Die in den Gemeinden häufig zu beobachtende Praxis, wonach Ausstandspflichtige in den entsprechenden Gremien anwesend bleiben und sich bei der Abstimmung lediglich der Stimme enthalten, ist unzulässig."* Und weiter: *"Gerade, wenn die Gemeindebehörden Justizfunktionen ausüben"*, was bei der Baukommission ja der Fall sei, *"müssen die strengen Ausstandsbestimmungen des VRPG (Verwaltungsrechtspflegegesetz) unbedingt zur Anwendung kommen."* Nun, dies schreibe kein Links-Subversiver, das sei ein gutbürgerlicher Kommentar zum Gemeindegesetz. Sie bezweifle angesichts der saloppen gemeinderätlichen Ausführungen, dass innerhalb der Baukommission die Ausstandspflicht nicht wiederholt und sogar in krasser Weise verletzt worden sei, und zwar nicht nur beim Geschäft "Tannental 2". Es könne ihr ja nicht weis gemacht werden, dass der Baukommissionspräsident als Eigentümer der Parzelle Tannental 2 in der gesamten Entwicklung in Sachen Gümliengenfeld, welches schräg vis-à-vis auf der anderen Strassenseite vom Tannental 2 liege, nicht ein eminentes, persönliches Interesse habe. Hoffentlich werde dies im Rahmen des Aufsichtsbeschwerdeverfahrens gegen die Gemeinde genauer untersucht, sie mache sich über diese Entwicklungen sehr grosse Sorgen. Sie müsse übrigens leider auch davon ausgehen, dass in der Geschäftsprüfungskommission die Ausstandspflichten krass verletzt worden seien. Eine strenge und differenzierte Handhabung der Ausstandspflichten in den Kommissionen sei für die Sicherung der Qualität der Entscheidungen, Ergebnisse und Berichte in unserem Milizsystem absolut unabdingbar. Auch Daniel Arn schreibe in seinem Kommentar: *"Die konsequente Durchsetzung der Ausstandspflicht - und zwar während der gesamten Behandlungsdauer des entsprechenden Geschäfts - ist aus rechtsstaatlicher Sicht im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme unerlässlich."* Eine gut gehandhabte Ausstandspflicht wirke eben gerade dem Filz entgegen, welcher eine demokratische Grundordnung untergrabe. Das Vertrauen in einen Staat - in einen Rechtsstaat - sei das Fundament der Loyalität der Bürgerinnen und Bürger dem Staat gegenüber. Einem verfilzten Staat werde kein Vertrauen geschenkt. Nur bei dieser absolut ungenügenden und undifferenzierten Abhandlung der Ausstandsfrage sei übrigens eine ebenso grobschlächtige Aussage des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes - zu lesen in den Lokalnachrichten vom Dezember 2006 - nachvollziehbar. Er setze das Wort Milizsystem dem Wort Filz einfach gleich! Und als anderes Wort für Filz nenne er in diesem Artikel sogar "gute Gemeinschaft" oder - neutraler ausgedrückt - "soziales Netz". Also: Filz = Milizsystem = gute Gemeinschaft = soziales Netz! Dazu könne sie nur Prost sagen. Filz bedeute gemäss Duden *"ineinander verflochtene Machtverhältnisse, welche durch Begünstigungen der Ämterverteilung oder ähnlich zustande kommen."* Das sei nicht positiv behaftet. Auch der Präsident des Arbeitgeberverbandes könne das nicht umdefinieren. Wer nicht zum Netz gehöre, der gehe - staatlich unterstützt - zu Grunde. Das sei bei vielen Entwicklungsländern so. Und all dieser Unsinn, all diese Unsäglichkeiten, fänden sich auf der ersten Seite dieses Lokalblattes. Es sei noch absurd, im oberen Teil dieser Seite sei der Mann abgebildet, welcher all dies sage, und unterhalb sei der Vertreter der staatlichen Behörde, unser Gemeindepräsident, zu sehen, welcher diesem quasi zulächle. Es sehe so aus, als sei dies eine Art Zustimmung, im Sinne: *"Ja super, genau dieser Ansicht sind wir alle."* Sie müsse sagen, da schweige des Sängers Höflichkeit, das fände sie gar nicht lustig.

Die Vorsitzende unterbricht Daniela Pedinelli (SP) und verweist auf die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates, wonach bei einer Interpellation nur eine kurze Stellungnahme möglich sei.

Daniela Pedinelli (SP) erwidert, sie hätte damit eigentlich auch geschlossen. Dazu käme, dass noch viele Fragen unbeantwortet seien.

14 Interpellation Wegmüller (SP) betreffend Parkplätze entlang der Thunstrasse beim Hühniwald

Die Stellungnahme des Gemeinderates liegt schriftlich vor.

Die gemeinderätliche Sprecherin, Beatrice Pulver-Schober, wünscht das Wort nicht.

Beat Wegmüller (SP) dankt dem Gemeinderat für die rasche Umsetzung dieses Problems.

15 Gümligenfeld; Orientierung über das weitere Vorgehen

Hans-Rudolf Saxer informiert namens des Gemeinderates, es würden hier keine materiellen Beschlüsse bekanntgegeben, weil diese noch nicht gefällt seien. Gemäss der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates seien die Stellungnahmen beziehungsweise der Zwischenbericht des Gemeinderates zu den drei parlamentarischen Vorstössen

- "Motion Aeschimann/Graham (Forum) betr. Fahrtenkontingent in den ESP Gümligenfeld" vom 19. September 2006
- "Motion SVP- und FDP-Fraktion betr. Entwicklung des ESP Gümligenfeld" vom 24. Oktober 2006
- "Postulat Grütter (SVP) betr. Vorwärts im Gümligenfeld" vom 20. September 2005 (Zwischenbericht)

grundsätzlich in der Januar- beziehungsweise Februarsitzung des Grossen Gemeinderates zu behandeln. Gemäss Art. 30 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates könne das Büro des Grossen Gemeinderates die viermonatige Frist für die Beantwortung von Vorstössen verlängern. Der Gemeinderat habe dem Büro einen entsprechenden Antrag eingereicht, welchem entsprochen worden sei. Aufgrund von teilweise noch fehlenden Informationen, wie beispielsweise solche zum Ausbauprojekt Autobahnanschluss Muri, und der noch laufenden Behandlung dieses Geschäfts in den zuständigen Kommissionen, Planungs- und Verkehrskommission, Umweltschutzkommission und Baukommission, wäre eine Behandlung durch das Parlament im Januar oder Februar nicht möglich gewesen. Der Gemeinderat werde seine Haltung zur Volksinitiative "Für eine Nutzung des Gümligenfelds ohne grossen Publikumsverkehr" bis im März 2007 festlegen und dem Parlament einen Gegenvorschlag unterbreiten. Der Inhalt dieses Gegenvorschlages werde danach in die Antwort zu den drei parlamentarischen Vorstössen einfliessen, sodass anlässlich der Aprilsitzung 2007 eine inhaltliche Diskussion erfolgen könne.

Das weitere Vorgehen sehe vor, im März 2007 den Gegenvorschlag des Gemeinderates zuhanden der Mitwirkung zu verabschieden, im April 2007 das Mitwirkungsverfahren zu diesem Gegenvorschlag durchzuführen und die drei parlamentarischen Vorstösse zu behandeln. In den Fällen, wo zur Volksinitiative ein Gegenvorschlag unterbreitet werde, sei eine Fristverlängerung möglich. Im Mai 2007 werde der Mitwirkungsbericht erstellt, im Juni/Juli 2007 erfolge die Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung, im August 2007 würden sowohl die Volksinitiative wie auch der Gegenvorschlag öffentlich aufgelegt, im September 2007 fänden Einspracheverhandlungen statt, im Oktober 2007 werde das Geschäft vom Gemeinderat zuhanden des Parlamentes verabschiedet und im November 2007 werde die Initiative sowie der Gegenvorschlag im Parlament behandelt, ehe dann im Februar 2008 die Volksabstimmung stattfinden werde. Mit diesem Vorgehen, welches mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung abgesprochen sei, würden die Mit-

sprache der Bevölkerung, des Parlamentes sowie der Parteien gewährleistet und die Verfahrensvorschriften auf kantonaler und kommunaler Ebene eingehalten. Diese Informationen seien ab morgen auf der Website der Gemeinde abrufbar.

Hans-Rudolf Saxer orientiert zudem, der Gemeinderat habe an seiner gestrigen Sitzung zum Geschäft "ZPP Turbenweg, Erweiterung Einkaufszentrum in Gümligen" die Mitwirkung beschlossen, welche nächste Woche eröffnet werde. Auch hier seien die Unterlagen selbstverständlich bei der Gemeindeverwaltung einsichtbar.

16 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion SP-Fraktion betreffend Änderung der Amtsdauer auf 5 Jahre

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Änderung der Gemeindeordnung und der entsprechenden Reglemente sowie Verordnungen in die Wege zu leiten, damit die Amtsdauer neu auf 5 Jahre festgelegt wird.

Begründung:

Die Amtsdauer der Gemeindeorgane und der ständigen Kommissionen beträgt zurzeit 4 Jahre. Mitglieder des Grossen Gemeinderates und des Gemeinderates sind nach zwei vollen aufeinander folgenden und ununterbrochenen Amtsdauern für die nächsten vier Jahre für das gleiche Organ nicht wieder wählbar. In den ständigen Kommissionen können Mitglieder nach einer oder zwei vollen Amtsdauern noch für acht bzw. vier Jahre als Präsidentin oder Präsident gewählt werden.

Für die Parteien wird es immer schwieriger und aufwändiger, geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für eine politische Aufgabe zu finden und zu motivieren. Im Weiteren nehmen die personellen und finanziellen Aufwendungen für die Wahlen ständig zu. Mit der verlängerten Amtsdauer könnte sich die politische Arbeit vermehrt auf Lösungen konzentrieren und würde weniger vom nächsten Wahltermin geprägt. Eine neue Amtsdauer von 5 Jahren wäre sowohl für die Gemeinde wie für die Parteien kostengünstiger und effizienter, weil nur noch alle 5 Jahre Gemeindewahlen stattfänden. Die maximale Amtszeit kann mit der Einführung der neuen Lösung von 8 auf 10 Jahre erhöht werden.

Auch auf Bundesebene sind Bestrebungen im Gange, die Amtsdauer zu verlängern.

Gümligen, 23. Januar 2007

B. Wegmüller, D. Pedinelli, J. Manz, F. Ruta, F. Aebi, M. Häusermann,
B. Marti, U. Wenger, M. Graham, P. Aeschimann, D. Schönenberger,
B. Staub, L. Streit, J. Beck (14)

Interpellation Forum-Fraktion betreffend geringfügige Änderung Zonenplan und Baureglement gemäss Artikel 122/BauV

Dem öffentlichen Teil des Anzeigers Region Bern ist zu entnehmen, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die "Zone für öffentliche Nutzung Y" (auf dem Gelände Bigler an der Feldstrasse) im Verfahren der **geringfügigen Änderung** von Nutzungsplänen zu erweitern.

Konkret geht es darum, 1400 m² Land aus der Landwirtschaftszone in die Bauzone zu überführen. In einem späteren Verfahren soll eine Halle gebaut werden, die es ermöglicht, Kehrtraktfahrzeuge und RBS-Busse getrennt einstellen zu können. Die heute noch weitgehend intakte, südöstlich der Feldstrasse gelegene Landwirtschaftszone ist durch die drei, in einer offenen Siedlungsstruktur gelegenen alten

Bauernhäuser mit Annexbauten geprägt. Bisher hat einzig die im "Blech-Look" erichtete Fahrzeughalle in der ZÖN Y eine zonenfremde Wirkung. Durch die vorgesehene Erweiterung könnte einerseits eine doppelt so grosse Halle gebaut werden und andererseits würde die offene Siedlungsstruktur teilweise zerstört, indem die beiden näher an der Thunstrasse gelegenen Bauernhauskomplexe zusammenwachsen würden. Die Vorlage präjudiziert gewissermassen die spätere Verwendung des Gebietes durch zukünftige Generationen, da insbesondere auch keine gestalterischen Auflagen vorgesehen sind.

Ich bitte den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb stuft der Gemeinderat das Verfahren als "geringfügige Änderung" ein und umgeht somit die für die Umzonungen im ordentlichen Verfahren zuständigen Instanzen (GGR, Einwohnergemeinde)? Kann ein Verlust von 1400 m² Landwirtschaftsland auf Kosten von Bauland als geringfügig angesehen werden?
2. Weshalb soll die allfällige Erweiterung der ZÖN Y vor Inkraftsetzung der Ergebnisse der angelaufenen Arbeiten für die Ortsplanungsrevision realisiert werden?
3. Hat der GR Alternativen geprüft (z.B. anderer Standort, unterirdische Einstellhalle, bauliche Massnahmen gegen die Geruchsimmissionen, ...), die keine Einzonung von Landwirtschaftsland notwendig machen oder nach Übergangslösungen gesucht, damit die Änderung des Zonenplans erst im Rahmen der Revision der Ortsplanung stattfinden könnte?
4. Weshalb sieht der GR keine Auflagen betreffend den Ortsbildschutz vor?
5. Durch die Umzonung erhöht sich der Liegenschaftswert. Wie wirkt sich dieser Mehrwert auf die Preise der Dienstleistungen aus, die beide Zweige des Unternehmens im öffentlichen Interesse erbringen?
6. Hat der GR bei der zuständigen Instanz des Kantons Vorabklärungen über die Durchführbarkeit einer allfälligen Umzonung durchgeführt?

Muri, 21. Januar 2007

Forum-Fraktion

P. Aeschimann, M. Graham, D. Schönenberger, B. Marti, B. Staub, M. Häusermann, L. Streit (7)

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Die Vorsitzende gibt bekannt, sie freue sich jetzt aufs Apéro, wozu alle herzlich eingeladen seien.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Der Protokollführer:

Barbara Künzi-Egli

Simon Laager

Der Präsident:

Ralf Grubwinkler